

Freie Universität Berlin

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Diplomvortrag (Redemanuskript)

**Demokratisierungsprobleme in Mexiko:
Zum Zusammenhang von Innen- und
Außenpolitik.**

16. Dezember 2002

Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr (Prüfungsvorsitzender)

Prof. Dr. Siegrid Mielke

Dr. Michael Fichter

Henrik Lebuhn

henrik.lebuhn@volkskunstschaffen.de

I) Einleitung

Zum ersten mal seit 71 Jahren verlor am 2. Juli 2000 ein Kandidat der mexikanischen Staatspartei PRI eine Präsidentschaftswahl. Heute heißt der mexikanische Präsident *nicht* ‚Francisco Labastida‘ und er gehört *nicht* der ‚Partei der institutionellen Revolution‘ an. Nein, seit zwei Jahren ist es Vicente Fox, der Kandidat der wirtschaftsliberalen ‚PAN‘, der Mexiko regiert.

Der spektakuläre Personalwechsel im Präsidentenpalast wurde nicht nur von der mexikanischen Opposition euphorisch als ‚Demokratisierung‘ gefeiert. Hierzulande meinte zum Beispiel Günther Maihold, Leiter des Iberoamerikainstituts in Berlin, dies sei der „Anfang vom Ende der Transition (Mexikos) zur Demokratie.“¹ Auch Peter Burghardt, Autor der Süddeutschen Zeitung, schrieb, dass in Mexiko „am 2. Juli 2000 die Demokratie einzog.“²

In meinem Vortrag möchte ich einen kritischen Blick auf den politischen Wandel in Mexiko werfen, der in den vergangenen zwei Jahrzehnten das Land grundlegend verändert hat. Ergebnis dieses Wandels ist der Hegemonieverlust der PRI. Doch werde ich, soweit als möglich, den Begriff ‚Demokratisierung‘ vermeiden. Um es vorweg zu nehmen: Ich teile die Einschätzung von Autoren wie Maihold oder Burghardt nur mit großer Einschränkung: Was in Mexiko stattgefunden hat, ist die Einführung einer Wahl- und Parteiendemokratie nach westlichem Vorbild. Doch der Prozess dieser Einführung, seine Gründe und Resultate sind zu komplex und widersprüchlich, als das er scheinbar unproblematisch mit dem Begriff der ‚Demokratisierung‘ zu beschreiben wäre.

Die These, die ich hier vertreten möchte, ist folgende:

Die neoliberale Weltmarktintegration Mexikos seit 1982 löste eine Erosion des postrevolutionären Regimes und eine tiefgreifende Legitimationskrise des gesamten politischen Systems aus. Die Kontinuität und Stabilität des neoliberalen Reformprojektes seit Beginn der 80er Jahre war nur zum Preis einer politischen Liberalisierung und einer elektoralen Demokratisierung zu haben. Die politische Öffnung in Mexiko geht mit der Durchsetzung einer ausschließenden und antisozialen Wirtschaftsordnung einher.

Zu meinem Vorgehen: Mir scheint, dass es vor allem zwei Perspektiven sind, die einen fruchtbaren Zugang zum Verständnis des mexikanischen Regimewandels bieten. - Regime meint hier im übrigen das Zusammenspiel bestimmter Regeln, Normen und Institutionen, die eine stabile und kontinuierliche Ausübung von Herrschaft erlauben. – Die erste Perspektive

¹ Maihold, Günther: „ Mexiklo 2000 – Das Ende einer Ära.“ In: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 13. Hamburg: 16. Juli 2000.

² Burghardt, Peter: „Mexiko entdeckt den Machtwechsel.“ In: Süddeutsche Zeitung. 30. November 2000. S. 10.

besteht in der Fokussierung auf das Moment der **Krise**: Warum gerät ein stabiles politisches Regime in die Krise? scheint mir eine wichtige Frage zu sein. Die zweite Perspektive besteht im Blick auf die **internationale Politik**. Die Regimekrise Mexikos, die im Jahr 2000 zu der historischen Wahlniederlage der PRI führte, ist allein auf der innenpolitischen Ebene nicht zu erklären. Der innenpolitische Wandel in Mexiko ist nur vor dem Hintergrund außenpolitischer Entwicklungen verständlich.

Mit dieser doppelten Orientierung gliedere ich meinen Vortrag in drei Schritte:

- a) Wie konnte die PRI eigentlich über einen Zeitraum von 71 Jahre an der Macht bleiben? Was verlieh dem postrevolutionären Regime in Mexiko diese unglaubliche Stabilität?
- b) Wann und warum kommt es zur Krise dieses Regimes? Wann und warum verliert die PRI ihre Hegemonie und erstarkt die Opposition?
- c) Wodurch zeichnet sich schließlich der politische und ökonomische Wandel der vergangenen Jahre aus? Welche Veränderungen bringt dieser Wandel für die Menschen in Mexiko mit sich?

Es folgen einige kurze abschließende Bemerkungen. Aber zunächst zur ersten der drei Fragen.

II) Hauptteil

a) Wie konnte die PRI 71 Jahre an der Macht bleiben?

Um das politische System Mexikos zu verstehen, werfe ich zunächst einen kurzen Blick zurück auf den Beginn des 20. Jahrhunderts:

Von 1910 bis 1917 tobte in Mexiko eine Revolution gegen den Diktator Porfirio Díaz. Getragen wurde sie zum einen von einer bürgerlichen Bewegung, die vor allem für politische Mitbestimmung eintrat. Zum anderen kämpften arme Bauernbewegungen unter Francisco Villa und Emiliano Zapata für „Tierra y Libertad“ - für „Land und Freiheit.“

1916/1917 schrieben die revolutionären Bewegungen ihre Forderungen in der bis heute gültigen Verfassung fest. Diese spiegelt daher die komplexen sozialen Kräfteverhältnisse der Revolution wieder. Es galt einen Kompromiss zu finden zwischen revolutionären bäuerlichen Bewegungen und bürgerlichen Großgrundbesitzern, zwischen großstädtischen Proletariern und Kapitalisten.

Die Konstitution von 1917 sah zahlreiche Sozialreformen vor. Festgelegt wurde beispielsweise der 8-Stunden Arbeitstag (Art. 123). Land und Bodenschätzen wurden durch den Artikel 27 nationalisiert. Dieser Artikel führte auch die genossenschaftliche Form des Landbesitzes - das ‚Ejido‘ - wieder ein. Festgeschrieben wurde weiterhin ein staatliches, kostenloses und säkulares Bildungswesen (Art. 3).

Keineswegs darf die Konstitution als Grundstein für einen mexikanischen Sozialismus interpretiert werden. Denn ausdrücklich wird auch das private Eigentum geschützt (Art. 25 und 27). Und der private Wirtschaftssektor wird als wichtiger Teil der nationalen Entwicklung definiert (Art. 25).

Was die Verfassung jedoch schuf, war ein starker Interventionsstaat (Art. 25). Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sollte zukünftig auf der Grundlage von sozialverträglichen Übereinkommen zwischen Arbeit, Kapital und Staat stattfinden (Art. 25 und 123).

Schließlich schreibt die Konstitution eine präsidentielle Demokratie nach US-amerikanischem Vorbild fest.

Das für Mexiko spezifische postrevolutionäre Regime bildete sich wesentlich in der Konsolidierungsphase zwischen 1920 und 1940 heraus. Zwei Momente sind dabei ganz zentral:

1. 1929 wird die Nationale Revolutionspartei gegründet (PNR). Sie funktioniert als ‚Sammlungspartei‘. In ihr werden die einzelnen, konkurrierenden ‚Caudillos‘, die regionalen Revolutionsführer, zusammen gefasst. Die PNR wird zur quasi-Staatspartei, denn sie erhebt einen Alleinvertretungsanspruch: Sie vertritt die Ziele der Revolution. Bis heute führt ihre Nachfolgepartei PRI als einzige Partei die Nationalfarben grün-rot-weiß im offiziellen Emblem.
2. 1938 transformiert Präsident Lázaro Cárdenas die Sammlungspartei PNR in eine Partei der Sektoren. (Partei der Mexikanischen Revolution / PRM). Cardenas bindet die sozialen Massenorganisationen, vor allem die Gewerkschaften, unmittelbar in die Partei ein. Und zwar in drei Großgruppen: dem Agrarsektor (CNC), dem Arbeitssektor (CTM) und dem Populärer Sektor (CNOP).³ Von nun an herrscht in Mexiko eine quasi-Staatspartei mit streng korporatistischer, berufsständischer Struktur.

1946 wird aus der PRM die PRI. In Mexiko regiert nun ein Präsident mit sehr weitgehenden konstitutionellen Befugnissen. Darüber hinaus kommen ihm wichtige informelle Machtmittel zu, z.B. benennt er seinen Nachfolger – der berühmte „Dedazo – Fingerzeig.“ Vor allem aber steht der Präsident an der Spitze zweier Pyramiden: Er steht an der Spitze des zentralistischen Staatsapparates. Und er steht an der Spitze der PRI, einer korporatistischen Massenorganisation, die auf das Engste mit den staatlichen Behörden verflochten ist. Der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa bezeichnete Mexiko einmal als „perfekte Diktatur.“

Wahlen standen in dieser „perfekten Diktatur“ weitgehend unter der Kontrolle der PRI. Diese trat in regelmäßigen Abständen durchaus gegen andere Parteien an. Beispielsweise wurde die Unternehmerpartei PAN, die 2000 die Präsidentschaftswahl gewann, bereits 1939 gegründet. Doch kam den Wahlen – und das ist der zentrale Punkt – eine komplett andere Bedeutung zu, als in unseren westlichen Demokratien: Wahlen hatten in Mexiko vor allem ‚akklamatorischen Charakter‘.⁴ Die Wähler bestätigten im Moment der Wahl die Legitimität der PRI Herrschaft, welche sich jedoch aus ganz anderen Quellen speiste.

Die materielle Basis des korporatistischen und autoritären PRI-Regimes bestand in einem sehr erfolgreichen, binnenmarktorientierten und staatlich gelenkten Entwicklungsmodell:

³ Confederación Nacional Campesina (Bauern & Ejido); Confederación de Trabajadores de México (32 Gewerkschaftsverbände); Confederación Nacional de Organizaciones Populares (Öffentlicher Dienst, Handwerker, Kleinunternehmer, Transport, u.a.).

⁴ Juan Linz: „Funciones y disfunciones de las elecciones no competitivas: los sistemas autoritarios y totalitarios. In: Hermet, Guy; Rouquiè, Alain; Linz, Juan J.: „Para qué sirven las elecciones?“ Mexiko: 1982. S. 90-146.

Mexiko erlebte in den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren einen enormen Industrialisierungsschub mit stabilen jährlichen Wachstumsraten von bis zu 6 Prozent.⁵ Importsubstituierende Industrialisierung ist das Stichwort. Die mexikanische Politologin Cristina Puga fasst die drei zentralen Maßnahmenbündel dieser Politik zusammen:

1. Strikter Protektionismus, d.h. Schutz der einheimischen Wirtschaft vor der Weltmarktkonkurrenz.
2. Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, besonders Energie und Transport, so dass die weiterverarbeitende Industrie mit Niedrigpreisen subventioniert werden konnte.
3. Einrichtung eines staatlichen Bankensystem, das über die Vergabe günstiger Kredite Privatinvestitionen anschoß.

Unter der Herrschaft der PRI fand eine rasante wirtschaftliche Entwicklung statt, Verteilungsspielräume wurden erwirtschaftet und vor allem auch genutzt. Trotz Korruption und einer profitorientierten Wirtschaftsentwicklung erlebten viele MexikanerInnen eine deutliche Erhöhung ihres Lebensstandarts: vom alltäglichen privaten Konsum bis zur staatlichen Gesundheits- und Altersfürsorge.

Und genau hier sieht die mexikanische Soziologin Rhina Roux die Quelle der Legitimation dieses politischen Systems: Sie spricht von einer Art Sozialpakt zwischen den regierenden Eliten und der Bevölkerung. Eine Art ‚politischer Tausch‘, der bis in die Ebene personeller Abhängigkeitsgeflechte geht.⁶ Ähnlich meint Susanne Hildebrandt: „Die PRI war ein sozialer Raum des Interessenausgleichs und der politischen Konfliktlösung mittels korporatistischer Methoden: die Befriedigung materieller Bedürfnisse der Basis (...) wurde (...) gewährt im Austausch gegen politische Gefolgschaft.“⁷

Das PRI-Regime soll hier nicht geschönt werden: Es war keineswegs anti-kapitalistisch, es war autoritär und fundamentaloppositionellen Bewegungen begegnete es mit harter Repression. 1968 wurden bei Studentenprotesten in Mexico City über 300 Menschen von Militärs und Polizei ermordet. Doch das PRI-Regime *basierte* nicht auf brutaler Repression. Genauso wenig wie es auf demokratischen Verfahrensregeln basierte. Es basierte auf Inkorporation, auf Umverteilungspolitik und auf staatlicher Befriedung sozialer Konflikte, vor allem auf der staatlichen Regulierung des Konfliktes zwischen Arbeit und Kapital.

⁵ Vgl. Puga, Cristina: „México: La modernización contradictoria.“ Mexiko: 1995. S. 25.

⁶ Roux, Rhina: „México: crisis de la forma de Estado.“ In: Viento del Sur. Mexiko: Juli 1994. S. 3-13.

⁷ Hildebrandt, Susanne: „Weltmarktintegration und Legitimität des politischen Systems in Mexiko. Eine Fallstudie im ländlichen Raum: das Municipio Sayula/Jalisco, 1982-1998.“ Diss. am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Berlin: 2000. S. 242 f.

b) Wann und warum gerät das PRI-Regime in die Krise? Wann und warum erstarkt die Opposition?

Das binnenmarktorientierte mexikanische Entwicklungsmodell, so wie ich es nun beschrieben habe, verlor in sechziger Jahren langsam an Dynamik – eine Entwicklung, die sich nicht nur in Mexiko durchsetzte. Weltweit gerieten die keynesianischen Sozial- und Interventionsstaaten ab Ende der 60er Jahre unter Druck, jedoch in höchst unterschiedlichem Ausmaß. VertreterInnen, die der Regulationstheorie nahestehen, Joachim Hirsch oder Bob Jessop zum Beispiel, sprechen in diesem Zusammenhang von der „Krise des Fordismus.“⁸

Auf die unterschiedlichen nationalen und internationalen Faktoren dieser Krise möchte ich hier zunächst nicht weiter eingehen. Wichtig ist für unseren Zusammenhang, dass Mexiko sich in den 70er Jahren zunehmend international verschulden musste, um seine staatszentrierte Wirtschafts- und Sozialpolitik weiter finanzieren zu können.

Die Rückzahlung dieser internationalen Kredite wurde zu großen Teilen über den Export von Erdöl finanziert. Mit dem Einbruch der Ölpreise 1981 geriet Mexiko in die Schuldenkrise. 1982 verzeichnete Mexiko Gesamtpassiva von über 91 Milliarden US Dollar – und konnte nicht mehr zahlen.⁹ Um ein Haar hätte Mexiko das Finanzsystem weltweit mit in die Krise gerissen. Der Internationale Währungsfond (IWF), auch die Weltbank (WB) und die USA mussten Mexiko mit massiven Krediten zur Seite stehen, um dessen Zahlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten – und sie müssen es im übrigen bis heute.

Mit den IWF Krediten erhielten ab 1982 auch die Stabilisierungsprogramme und Strukturreformen des IWF Einzug in Mexiko. Die Ära des sogenannten Neoliberalismus begann und mit ihr die Krise des PRI Regimes.

Kurzfristiges Ziel der IWF Programme war die Wiederaufnahme des Schuldendienstes. Langfristiges Ziel war der Rückzug des Staates aus vielen Politikbereichen und die Integration Mexikos in den Weltmarkt. Die Logik dieser Reformen ergibt sich dabei aus der Verschuldungskrise selbst: In einer relativ autarken Wirtschaft muss der Staat ‚nur‘ für eine funktionierende Kapitalakkumulation sorgen. Ist der Staat jedoch in ausländischen Währungen verschuldet, so steht er *zusätzlich* unter dem Zwang, Devisen zur Bedienung des Schuldendienstes zu erwirtschaften.

Nach den Anweisungen des IWF begannen die PRI Regierungen ab 1982 mit einem fundamentalen Umbau des mexikanischen Wirtschafts- und Sozialsystems. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehörten:

⁸ Vgl. Hirsch, Joachim: „Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus.“ Berlin, Amsterdam: 1995.

- Reduzierung der Staatsausgaben
- Privatisierung von Staatsbetrieben
- Aufhebung staatlich festgesetzter Preisbindungen
- Kürzung oder Streichung von Subventionen
- Öffnung für ausländisches Kapital
- Handelsliberalisierung
- Exportorientierung

Zu den Meilensteinen dieses Komplettumbaus gehörten beispielsweise:

- 1986 der Beitritt zum GATT¹⁰
- 1994 die Gründung der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA)
- 1997 der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union

Mit diesem Fundamentalumbau strickte die PRI ihr eigenes Leichentuch. Wie ich gezeigt habe, beruhte die politische Hegemonie der PRI auf einer stark regulierenden Sozial- und Wirtschaftspolitik. Eben diese wurde nun systematisch destruiert.

Allein zwischen 1982 und 1985 mussten die abhängig Beschäftigten einen Reallohnverlust von 30% hinnehmen.¹¹ 1999 betrug das gesetzlich festgelegte Mindestgehalt gerade noch etwas mehr als 1 US Dollar pro Tag.¹² Durch die ‚Verschlankung‘ des Staates und die Privatisierung von Staatsunternehmen verloren viele öffentlich Beschäftigte ihre Arbeitsplätze. Die einheimische Privatwirtschaft wurde durch den plötzlichen Abbau von Schutzzöllen und Importbeschränkungen einer enormen Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt.

Man male sich die Konsequenzen dieser Entwicklungen für ein politisches Regime aus, das seine Legitimität vor allem über Inkorporation, Verhandlung und Verteilung bezieht.

Anhand von zwei Beispielen möchte ich dies konkretisieren:

1. Die strukturelle Massenarbeitslosigkeit, die sich in Mexiko in den vergangenen zwei Jahrzehnten entwickelt hat, kann unter den Bedingungen restriktiver Finanz- und Sozialpolitik kaum staatlich abgedeckt, bzw. aufgefangen werden. Wer heute in Mexiko keiner geregelten Lohnarbeit nachgeht, muss irgendwie anders an Geld kommen, um zu überleben. Die Folge ist ein explosionsartiges Wachstum des informellen Sektors. Gemäß einer OECD Studie wurden 1999 57% der nicht-

⁹ Aussagekräftiger ist die Darstellung der Schuldenhöhe als Anteil der Schuldenlast am BSP (1981: 57,7%) oder als Zahlungsbilanzdefizit (1981: 16 100 Millionen US Dollar). Hildebrandt: cit. op. S. 74 und S. 87.

¹⁰ General Agreement on Tariffs and Trades (Vorläufer der WTO).

¹¹ Hildebrandt: cit. op. S. 79.

¹² Boltvinik, Julio: „Nada que festejar.“ in: La Jornada. Mexiko: 5.5. 2000.

agrikulturellen Arbeiten im informellen Sektor geleistet.¹³ Aus PRI Perspektive heißt das: Dieser Teil der Bevölkerung kann über kaum eine traditionell-korporatistische Maßnahme in das formale politische System integriert werden.

2. 1992 wurde der berühmte Art. 27 der mexikanischen Verfassung reformiert, um den genossenschaftlichen Landbesitz – das ‚Ejido‘ – zu privatisieren.¹⁴ Mit der Aufgabe des Ejido wurde eine Institution zerstört, die aus Sicht der Bevölkerung, und auch in der offiziellen Geschichtsschreibung, eine zentrale Errungenschaft der mexikanischen Revolution darstellte. Der Glaubwürdigkeitsverlust für die PRI, die die mexikanische Revolution ja sogar im Namen trägt, sich stets über den Mythos der Revolution legitimiert hat, ist wohl kaum zu unterschätzen

Die Krise des PRI Regimes, der Legitimationsverlust der PRI, entwickelte sich beinahe zwangsläufig mit der neoliberalen Integration Mexikos in den Weltmarkt. Zeitweise erreichte sie die Ausmaße einer Staatskrise. Unter diesen Bedingungen musste die PRI eine Strategie finden, um sich – und das gesamte politische System – mit neuer Legitimation zu versorgen. Und die Lösung bestand in der Stärkung und in der Aufwertung von Wahlen. Demokratisierung.

Darüber bestand innerhalb der PRI keineswegs Einigkeit. Bis heute währt in der PRI der Konflikt zwischen den sogenannten ‚Dinosauriern‘ und den ‚Technokraten‘. Durchgesetzt hat sich derjenige PRI Flügel, der das ökonomische Projekt durch eine ‚kontrollierte politische Öffnung‘¹⁵ ergänzte – und damit auch dem ‚Washington Konsens‘ nach ‚mehr Demokratie‘ nachkam.

So wurde das neoliberale Reformprojekt von Beginn an mit Wahlreformen flankiert. Diese zielten auf die Herstellung einer transparenten und kompetitiven Parteiendemokratie ab. Zu den wichtigsten Reformen der vergangenen Jahre gehört z.B. die Schaffung einer unabhängigen Wahlbehörde (IFE) und die Reform der öffentlichen Parteienfinanzierung.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre zeigen sich die Konsequenzen dieser Reformen: Die parlamentarische Opposition erstarkt. Konkurrierende Parteien werden zum Sammelbecken für enttäuschte PRI Wähler. 1988 spaltet sich die sozialdemokratische PRD von der PRI ab und gewinnt beinahe die Präsidentschaftswahl gegen Carlos Salinas. 1989 gewinnt die Unternehmerpartei PAN erstmals eine Gouverneurswahl (im Bundesstaat Baja California). Ende der 90er Jahre avanciert die PAN auf Bundesebene zu einer echten Konkurrenz für die PRI.

¹³ La Jornada. Mexiko: 6.5. 1999.

¹⁴ PROCEDE: Programa de Certificación de Derechos Ejidales y Titulación de Solares Urbanos.

¹⁵ O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Phillippe C.: „Transiciones desde un gobierno autoritario. Conclusiones tentativas sobre las democracias inciertas. Spanien/Barcelona: 1994.

Und es erstarkt auch die außerparlamentarische Opposition. Der Unmut über die schwierige wirtschaftliche Situation lässt sich nicht mehr über die traditionellen korporatistischen Kommunikationskanäle kanalisieren. Im ganzen Land fordern Mexikaner und Mexikanerinnen politische Beteiligung und Mitbestimmung. Der wohl deutlichste Ausdruck dieser ‚außerparlamentarischen Opposition‘ ist der Ausbruch der Indígena-Rebellion am 1. Januar 1994 in Chiapas (EZLN).

Damit ist der Wandel komplett: Mexiko hat sich innerhalb von ca. 15 Jahren sowohl ökonomisch als auch politisch tiefgreifend verändert. Und damit komme ich zur dritten Frage meines Vortrags.

c) Was bringen die politische Öffnung und die neoliberalen Reformen für die Menschen in Mexiko mit sich?

Die Hegemonie der PRI ist gebrochen. 1997 verlor sie ihre absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus, 2000 auch die absolute Mehrheit im Senat. 1999 wurden 9 der 31 Bundesstaaten und die Hauptstadt von Oppositionsparteien regiert. Im Jahr 2000 gewann Vicente Fox von der PAN Partei die Präsidentschaftswahl.

Die Einrichtung einer unabhängigen Wahlbehörde (IFE) hat die Wahlen transparenter und kompetitiver gemacht. Justizverwaltungsreformen haben das Gleichgewicht der horizontalen Gewaltenteilung gestärkt und die Vormachtstellung des Präsidenten abgebaut. Eine Reform des Förderalismus (Länderfinanzausgleich) hat die vertikale Gewaltenteilung gestärkt. Elektorale Prozesse sind heute auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zum Kernstück des politischen Regimes geworden. Das politische System – und die regierenden Eliten – beziehen ihre Legitimität aus der Einhaltung demokratischer Verfahrensregeln.

Das Dahlsche „prozedurale Minimum“ ist hergestellt.¹⁶ Die Mexikaner haben heute im wahrsten Sinne des Wortes: die Wahl!

Doch die Herstellung von Freiheit und Gleichheit beschränkt sich auf die Ebene formaldemokratischer Verfahren. In sozialer Hinsicht ist das Land weit hinter die bescheidenen Errungenschaften der postrevolutionären Entwicklung zurückgefallen. 20 Jahre neoliberale Weltmarktintegration haben die Gesellschaft fragmentiert und polarisiert. Die bereits bestehenden sozialen Ungleichheiten haben sich extrem verschärft:

1999 verfügten die 7 reichsten Mexikaner zusammen über 20 Milliarden 400 Millionen US Dollar.¹⁷ Über 13 Millionen Mexikaner mussten dagegen mit 1 US Dollar am Tag auskommen.¹⁸ Die explosionsartige Ausweitung informeller Arbeit habe ich bereits angesprochen: Über die Hälfte der nicht-agrikulturellen Arbeiten werden heute im informellen Sektor verrichtet.¹⁹

An dieser Stelle sollten wir vielleicht kurz innehalten und uns fragen: Was bedeutet das eigentlich konkret?

In Mexiko City verkaufen kleine Kinder Kaugummis in den öffentlichen Bussen. Frauen sitzen in zugigen U-Bahn Stationen und bieten Essen an. Männer arbeiten als Lastenträger, Straßenverkäufer und Schuhputzer. Keiner dieser Menschen ist krankenversichert - keiner dieser Menschen ist altersversichert. Auch der mexikanische Mittelstand ist betroffen: Für Angestellte, Lehrer oder auch Universitätsdozenten ist es normal geworden, zwei oder drei parallele und zum Teil informelle Jobs auszuüben – denn ein einziges Gehalt reicht nicht für den Unterhalt der Familie.

¹⁶ Dahl, Robert A.: „Polyarchy. Participation and Opposition. New Haven/ London: 1971.

¹⁷ La Jornada. Mexiko: 22.3. 1999.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Siehe oben.

Zeitgleich boomen die Geschäfte der transnationalen Unternehmen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Massiv haben sich entlang der Grenze zu den USA die sogenannten Maquiladora Industrien niedergelassen. Vorgefertigte Produktionsteile werden eingeführt und von billigen mexikanischen Arbeitskräften weiterverarbeitet. Die fertigen Güter - überwiegend Kleidung und Autos – werden über die Grenze auf den US amerikanischen Markt gebracht.

80% der Beschäftigten in diesem Niedriglohnbereich sind Frauen. Sie kommen vor allem aus den ländlichen Regionen. Dort sind die kleinen Familienbetriebe durch die Weltmarktintegration ruiniert worden. Selbst auf dem lokalen Markt können sie meist nicht mit den Produkten der US Agrarindustrie konkurrieren. Die größeren mexikanischen Betriebe haben sich auf den Anbau von Agrarexportprodukten umgestellt und beschäftigen zu Niedriglohnpreisen. Die männliche Landbevölkerung migriert in die Städte oder in die USA, um dort – legal oder illegal - ein kleines Familieneinkommen zu erwirtschaften.

In der mexikanischen Politik ist Armut heute vor allem unter *einem* Gesichtspunkt von Interesse: Krisenprävention. Die soziale Polarisierung führte in den vergangenen Jahren zunehmend zu organisierten und unorganisierten Aufständen. Wo diese nicht mehr durch bescheidene Hilfsprogramme und leere Versprechungen kontrollierbar sind, fasst weiterhin die staatliche Repression. So etwa in den Bundesstaaten Chiapas, Guerrero und Oaxaca, wo in der sogenannten ‚Phase der demokratischen Konsolidierung‘ schwerste Menschenrechtsverletzungen durch Polizei, Militär und Paramilitär an der Tagesordnung sind. Vor allem die USA beteiligen sich – in der Tradition der Monroe Doktrin (1823) – massiv an der Planung und der Durchführung der polizeilich-militärischen Aufstandsbekämpfung.

Der mexikanische Soziologie Jaime Osorio wundert sich über die paradoxe Situation: Im gleichen Moment in dem elektorale Prozesse gestärkt werden und die Bevölkerung angeblich Beteiligungsmöglichkeiten gewinnt, produzieren die neuen Regierungen Arbeitslosigkeit, Informalität, stürzen Millionen von Menschen in die Armut und nimmt die soziale Unzufriedenheit zu.²⁰

Zumindest *ein* Hinweis auf die Lösung dieses Paradoxons kann hier gegeben werden: Gerade das ökonomische Projekt und dessen gewaltförmige Absicherung ist der nationalen demokratischen Entscheidungsebene weitgehend entzogen. Es wird von Akteuren wie dem IWF, der USA oder auch der EU formuliert und gemeinsam mit den mexikanischen Eliten gegen große Teile der einheimischen Bevölkerung durchgesetzt.

²⁰ Osorio, Jaime: „Despolitización de la ciudadanía y gobernabilidad.“ Mexiko: 1997. S. 18.

III) Schlussbemerkungen

In meinem Vortrag habe ich versucht, einen kritischen Blick auf den gegenwärtigen politischen Wandel in Mexiko zu werfen. Dabei habe ich zum einen die reduzierte Begrifflichkeit hinterfragt, mit der dieser Prozess gemeinhin beschrieben wird: Demokratisierung. Zum anderen habe ich gezeigt, dass der innenpolitische Wandel in Mexiko nur im Kontext von Außenpolitik verständlich ist.

Vier Punkte möchte ich nun in diesem Zusammenhang noch einmal besonders hervorheben:

1. Will man die politischen Reformen in Mexiko demokratietheoretisch verorten, so fällt die Nähe zu einer elitistischen, bzw. ökonomischen Demokratiekonzeption im Sinne Josef Schumpeters auf. Demokratie bedeutet hier vor allem: Übertragung von Markt- und Konkurrenzmechanismen auf die politische Sphäre. Wettbewerb der politischen Eliten um die Stimmen der Wähler.
2. Systemkritische Formen partizipativer Politik – BürgerInneninitiativen, Studierendenbewegungen, etc. – müssen heute in Mexiko *gegen* den Staat durchgesetzt werden, sind von staatlicher und parastaatlicher Repression bedroht und gefährdet.
3. Politikvorstellungen, die nicht in das Schema eines westlichen repräsentativen Demokratiekonzepts passen, werden nicht geduldet. Auch der neue Präsident Vicente Fox bleibt sein Versprechen schuldig, die Forderungen aufständischer indigener Gemeinden nach kultureller und politischer Selbstbestimmung anzuerkennen.
4. Wichtige politische Entscheidungen, vor allem wirtschaftspolitischer Art, sind der nationalen demokratischen Entscheidungsebene entzogen. Der politische Prozess in Mexiko wird heute maßgeblich durch internationale Akteure dominiert, die selber keine oder kaum demokratische Legitimation besitzen. Ganz deutlich ist hier der enge Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik zu erkennen.
5. Ich komme noch einmal auf meine Eingangsthese zurück: Die soziale und ökonomische Sphäre bleibt von der Demokratisierung explizit ausgeschlossen. Mehr noch: Funktional und intentional *gewährleistet* die elektorale Demokratisierung die Durchsetzung einer autoritären, weil antisozialen und ausschließenden Wirtschafts- und Sozialordnung.

IV) Abkürzungsverzeichnis

CNC	Confederación Nacional Campesina
CNOP	Confederación Nacional de Organizaciones Populares
CTM	Confederación de Trabajadores Mexicanos
Ejido	genossenschaftliche Agrarparzelle
EZLN	Ejército Zapatista de Liberación Nacional
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
IFE	Instituto Federal Electoral
IWF	Internationaler Währungsfond
NAFTA	North American Free Trade Agreement
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
PAN	Partido Acción Nacional
PNR	Partido Nacional Revolucionario
PRD	Partido de la Revolución Democrática
PRI:	Partido Revolucionario Institucional
PRM	Partido de la Revolución Mexicana
WB	Weltbank
WTO	World Trade Organization

V) Literatur

Boltvinik, Julio: „Nada que festejar.“ in: La Jornada. Mexiko: 5.5. 2000.

Burghardt, Peter: „Mexiko entdeckt den Machtwechsel.“ In: Süddeutsche Zeitung. 30. November 2000.

Dahl, Robert A.: „Polyarchy. Participation and Opposition. New Haven/ London: 1971.

Hildebrandt, Susanne: „Weltmarktintegration und Legitimität des politischen Systems in Mexiko. Eine Fallstudie im ländlichen Raum: das Municipio Sayula/Jalisco, 1982-1998.“ Diss. am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Berlin: 2000.

Hirsch, Joachim: „Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus.“ Berlin, Amsterdam: 1995.

Juan Linz: „Funciones y disfunciones de las elecciones no competitivas: los sistemas autoritarios y totalitarios. In: Hermet, Guy; Rouquiè, Alain; Linz, Juan J.: „Para qué sirven las elecciones?“ Mexiko: 1982. S. 90-146.

Maihold, Günther: „ Mexiko 2000 – Das Ende einer Ära.“ In: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 13. Hamburg: 16. Juli 2000.

O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Phillipe C.: „Transiciones desde un gobierno autoritario. Conclusiones tentativas sobre las democracias inciertas. Spanien/Barcelona: 1994.

Osorio, Jaime: „ Despolitización de la ciudadanía y gobernabilidad.“ Mexiko: 1997.

Puga, Cristina: „México: La modernización contradictoria.“ Mexiko: 1995.

Roux, Rhina: „México: crisis de la forma de Estado.“ In: Viento del Sur. Mexiko: Juli 1994. S. 3-13.